

Diezener Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 149.

Diez, Dienstag, den 6. Juli 1920.

26. Jahrgang.

Militärpolizeigericht Kreuznach.

Urteil.

In der am 16. Juni dieses Jahres stattgefundenen öffentlichen Sitzung des Militärpolizeigerichtes zu Kreuznach, welches auf Anordnung des kommandierenden Generals der 38. Infanterie-Division zusammengetreten ist, wurde der Geschäftsführer Emsenbach, Heinrich, geboren am 13. August 1890 zu Bad Ems, wohnhaft zu Bad Ems, zu 500 Mark Geldstrafe und zu den Kosten der öffentlichen Bekanntmachung dieses Urteils in der Emsener Zeitung oder im Nichtzahlungsfall zu 3 Monaten Gefängnis bestraft, weil er am 19. Mai 1920 in Ems durch Ausdrücke einen französischen Offizier beleidigt hat.

Die Bestrafung erfolgt auf Grund des Gesetzes vom 22. Juni 1867 und des Artikels 25 der Verordnung Nr. 11 der hohen Interalliierten Kommission, welcher lautet:

Jede Person, deren Worte, Gebärden oder Haltung mit Bezug auf Mitglieder der hohen Interalliierten Kommission oder ihr zugeordnete Personen oder mit Bezug auf die Besatzungstruppen oder irgend ein Mitglied dieser Truppen oder mit Bezug auf die Fahne oder ein militärisches Emblem der Alliierten oder Affilierten sich als beleidigend oder ungeschicklich kennzeichnen, vertritt diejenigen Strafen, welche zur Durchführung der Bestimmungen der hohen Interalliierten Kommission vorgegeben sind.

Für richtige Abschrift,

Der Staatsanwalt,

Leutnant Huguet.

Urteil.

In der am 16. Juni dieses Jahres stattgefundenen öffentlichen Sitzung des Militärpolizeigerichtes zu Kreuznach, welches auf Anordnung des kommandierenden Generals der 38. Infanterie-Division zusammengetreten ist, wurde der Gastwirt Einscheid, August, geboren am 30. Oktober 1879 zu Bad Ems, wohnhaft zu Bad Ems, zu 400 Mark Geldstrafe und zu den Kosten der öffentlichen Bekanntmachung dieses Urteils in der Emsener Zeitung oder im Nichtzahlungsfall zu 2 Monaten Gefängnis bestraft, weil er am 21. März 1920 einem marokkanischen Soldaten Alkohol verkauft hat.

Die Bestrafung erfolgt auf Grund des Gesetzes vom 22. Juni 1867 und des Artikels 28 der Verordnung Nr. 11 der hohen Interalliierten Kommission, welcher lautet:

Es ist streng verboten, an Militärpersonen aller Grade der Besatzungstruppen Alkohol, Tabak oder giftige oder betäubende Substanzen entgegen der Bestimmungen der Armeen zu verkaufen oder unentgeltlich abzugeben.

Im Nachhinein kann das Gericht außer den gewöhnlichen Strafen Schließung des Geschäftes, in welchem die Zuwiderhandlung begangen ist, für eine Zeit bis zu 3 Monaten verfügen, wenn die Verantwortlichkeit des Verkäufers festgestellt ist.

Für richtige Abschrift,

Der Staatsanwalt,

Leutnant Huguet.

Dr. Simons über die Konferenz.

M. Spa, 6. Juli. Der Minister des Auswärtigen Dr. Simons äußerte sich vor einigen ausländischen Pressevertretern über die bevorstehende Konferenz und erklärte unter anderem:

Nach dem Vertrag von Versailles sei der Betrag, den wir an Wiedergutmachung zu leisten hätten, im Mai 1921 festzusetzen. Aber wie die Dinge liegen, könnten weder Deutschland noch seine Vertragsgegner bis dahin warten, da sonst die Bestimmung vernünftiger Budgets praktisch unmöglich sei. Es sei vielmehr im Interesse der ganzen Welt, die nur durch internationale Zusammenarbeit vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt werden könne, notwendig, schon jetzt zu einer Einigung zu kommen. Soweit Deutschland in Frage komme, werde es bereit sein, alles zu tun, um diese Zusammenarbeit zu fördern.

Von einem der Pressevertreter gefragt, ob Deutschland bestimmte Vorschläge mitbringe, erwiderte der Minister, eine bestimmte Summe zu nennen, die Deutschland unter allen Umständen zahlen könne, sei natürlich vollständig ausgeschlossen. Aber wenn es durch eingehende mündliche freimütige Verhandlungen gelänge, welches Einverständnis über gewisse Voraussetzungen zu erlangen, so werde Deutschland sehr wohl in der Lage sein, ein festes Angebot zu machen. Der Minister bemerkte weiter, er habe im vorigen Jahre, als der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde, seine Stellung im Reichsdienst aufgegeben, da er der Ansicht gewesen sei, daß Deutschland die fürchtbar harten Bedingungen nicht erfüllen könne. Seitdem habe er einen wichtigen Posten in der deutschen Industrie innegehabt und habe Gelegenheit gehabt, eingehend zu studieren, bis zu welchem Tag Deutschland den Vertrag von Versailles zu erfüllen in der Lage sei. Jedenfalls werde er nicht unterschreiben, als was seiner Ansicht nach Deutschland erfüllen könne. Er betonte weiter, daß Deutschlands Erfüllung in der Hauptsache in Arbeit bestehen würde, und daß diese Arbeit von drei Bedingungen abhängt: Rohstoffe, Lebensmittel und innerer Frieden. Diese Dinge, die ebenso grundlegend seien wie die Zukunft Oberschlesiens, seien die wichtigsten Voraussetzungen, über die man sich zuerst einigen müsse, ehe Deutschland irgend ein festes Angebot machen könne. Der Minister erklärte am Ende seiner Darlegungen, daß es der feste Wille Deutschlands sei, zu einer Verständigung zu kommen.

Die Ansichten des Marschalls Foch.

M. Paris, 5. Juli. Marschall Foch hat sich von einem Redakteur der Brüsseler „Nation“ belgisch-französische Militärabkommen, die Studien schritten voran. Er arbeitete mit dem belgischen Generalstabeschef Menginje einen technischen Plan aus. Die Engländer begriffen wohl, daß eine gegenseitige Versicherung notwendig sei. Sie hätten auch keine Veranlassung, die Franzosen für imperialistisch zu halten. Man könne zwar unter gewissen Bedingungen Imperialismus sein, aber diese Bedingungen beständen für Frankreich nicht mehr. Die Völker, die sich selbst regierten, seien selbst dem Krieg abhold, wenn er einen Sieg ergeben habe. Ueber das Verhältnis von Frankreich und Belgien zu Deutschland sagte der Marschall, der Rhein sei immer noch dem zu betrachten, was sich jenseit von ihm ereigne. Man habe Deutschland immer am Rhein aufgeschaltet, sonst würde man es eben nicht aufhalten können. Das, was sich an der Marne ereignet habe, sei eine große Kraftprobe gewesen, für deren Wiedergelingen es nicht bürge wolle. Wenn die Franzosen nicht am Rhein wären, würde er nach dem Waffenstillstand keine Nacht ruhig schlafen haben. Das sei ein Grund mehr, das Verteidigungsbündnis zu schließen. Frankreich und Belgien seien gegenüber Deutschland die Schwächeren. Man müsse sich also beeilen. Deutschland sei geschwächt, und er sehe auch, daß sein Volk den Krieg nicht mehr wolle. Das hindere aber nicht, daß 60 Millionen Menschen, die es bewohnen, 60 Millionen Deutsche seien. Das sei die Gefahr. Man würde ihre Kanonen zerstören, sie würden neue herstellen, sie würden auch wieder Flugzeuge herstellen.

Die internationale Finanzkonferenz.

M. Haag, 6. Juli. Das Korrespondenzbüro erfährt von gutunterrichteter Seite: Der Generalsekretär des Völkerbundes hat die in Frage kommenden Regierungen telegraphisch verständigt, daß die internationale Finanzkonferenz vom Völkerbundrat am 23. Juli einberufen werden wird. Ferner wird in dem Telegramm mitgeteilt, daß die ersten Sitzungen der Konferenz der Vorlegung von Denkschriften dienen werden. Jeder Staat ist eingeladen, eine derartige Denkschrift zur Verfügung der Konferenz zu stellen. In diesen Dokumenten soll eine möglichst vollständige Darstellung der wirtschaftlichen Lage des Landes enthalten sein, und zwar eine Aufstellung der auswärtigen Schulden, der Finanzlage (Einkommen, Geldwesen und innere Schulden), des auswärtigen Handels (Rat der Wechselkurse Kontrakte mit dem Auslande, Verschärfung der Einfuhr, staatliche Aufsicht über den Handel) und eine Darstellung der gegenwärtigen Politik der betreffenden Regierung gegenüber diesen verschiedenen Fragen.

Die Haltung in der schleswigschen Frage.

M. Kopenhagen, 5. Juli. In der Erklärung des Ministers des Auswärtigen, Scavenius schreibt Politiken: In den Tagen der politischen Märkte hat eine kleine Clique von Männern die internationale Kommission dazu bewogen, ihren Bericht über die Abtötung und ihre Entscheidung bis nach der Beendigung der politischen Kriege und nach den Reichstagswahlen zu verschieben. Herr Scavenius sucht nun zu beweisen, daß diese halb notwendige Verschiebungspolitik, die den Wünschen der Konservativen und der Anhänger der zweiten Zone entgegenkam, kein Ergebnis gehabt und daher keinen Schaden verursacht habe. Ist das eine würdige Verteidigung, wenn doch bekannt war, die Entscheidung zu verschieben? Die unangenehme notwendige Politik des Ministeriums Reergard hat dem Ansehen des Ministeriums und des Volkes geschadet. Es gereicht uns nicht zur Ehre, daß das Ministerium, das aus einem so überwältigenden Wahlsiege hervorgegangen ist, sich mit der Wölchlichkeit einführt, die nationale Grundfrage auszuweichen, auf die das Volk sich bisher gegenüber der Außenwelt gestellt hatte. Auch hier kann Herr Scavenius sich und seine Kollegen nicht damit entschuldigen, daß diese Wölchlichkeit nicht gelang und daß man eine Lösung erhielt. Die Herr Reergard ist als die einzigste und vollständige Lösung unzureichend nationalen Hoffnungen preis gegeben worden. Der Versuch gemacht hat, eine andere Lösung herbeizuführen. Dieses ganze Stadium trüber Politik, wo die Haltung der Regierung in der Grenzfrage nicht von der eigenen Überzeugung bestimmt wurde, sondern von innerpolitischen Rücksichten und Ränken, wird stets einen abstoßenden Eindruck zurücklassen. Nach der Moral wird man selbst mit einer Lupe verurteilt werden.

Die Regierungskrise.

M. Wien, 5. Juli. Die Regierungskrise scheint sich nun doch endlich ihrem Ende zu nähern. In einem gestern gefaßten Beschluß hat sich der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten für die Schaffung eines Proporzkabinetts ausgesprochen, d. h. eines Kabinetts dessen Mitglieder auf die drei Parteien nach deren Stärkeverhältnis verteilt, aber nicht in ihrer Gesamtheit in der Nationalversammlung, sondern einzeln von ihren Parteien gewählt werden, und auch nur den wählenden Parteien verantwortlich sind und von diesen gedeckt werden. Der sozialdemokratische Verband hält sich die Staatsämter für Heereswesen, soziale Verwaltung und Unterricht vor, und erklärt sich an dem Staatsamt für Außerer gegenwärtig uninteressiert, dessen Weiterführung durch Renner er aber im Falle des Einverständnisses der beiden anderen Parteien zustimmt. Er lehnt die Entlohnung zur Übertragung des Staatsamts des Innern an einen bürokratischen Sachmann ab, will aber die Wahl eines solchen durch die beiden anderen Parteien unter Wahrung seiner Handlungsfreiheit diesen gegenüber zulassen. Er sprach sich für die Nichtbelegung des Staatskanzleramts und Bestreitung eines der Staatssekretäre mit dem Vorsitz im Kabinett aus, wünschte aber nicht einen sozialdemokratischen Staatssekretär als Vorsitzenden.

Der Boykott Ungarns.

M. Budapest, 5. Juli. Das ungarische Korrespondenzbüro stellt fest, die ungarische Regierung habe auf das Angebot des österreichischen Konglers Renner, in Sachen des Boykottes zu vermitteln, geantwortet, daß sie nicht geneigt sei, mit dem internationalen Gewerkschaftsbund zu verhandeln, daß aber jede ungarische ausländische Vertretung bereitwillig fremden Staatsbürgern wie Vertretern gesellschaftlicher und sonstiger Organisationen Mitteilungen über die Lage in Ungarn gebe, weil die ungarische Regierung Gewicht darauf lege, daß die über Ungarn verbreiteten grundlosen Äußerungen womöglich widerlegt würden. Unter keinen Umständen werde sie eine Einmischung in die ungarischen inneren Angelegenheiten zulassen, könne aber im übrigen nichts dagegen einwenden, daß das durch den Boykott in erster Linie getroffene Österreich zur Befestigung desselben in Wien Besprechungen mit Vertretern der internationalen Organisation führe. Durch die von ungarischen Gesandten in Wien, Dr. Grösz, geführten Besprechungen werde ungarischerseits diese Angelegenheit als erledigt betrachtet, ohne Rücksicht darauf, ob der internationale Gewerkschaftsbund auf Grund der erhaltenen Aufklärungen den Boykott einstelle oder nicht.

Das ist die einzig richtige Antwort, die Ungarn auf die schamlose Herausforderung durch die fremden sozialistischen Gewerkschaften geben konnte. Bekanntlich versuchen die österreichischen sozialistischen Gewerkschaften mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln, den Boykott Ungarns durchzuführen. Schon wird berichtet, daß der Eisenbahnverkehr von Österreich nach Ungarn eingestellt wird, weil die Verkehrsanstalten wegen der Behinderung durch die gewerkschaftlichen Maßnahmen ihre Transportaufträge nicht ausführen können. Den Schaden davon hat, wie auch aus der vorstehenden Mitteilung des ungarischen Korrespondenzbüros hervorgeht, nicht Ungarn, sondern Österreich. Die Ungarn haben Lebensmittel in genügenden Mengen, die Österreicher aber nicht, sie könnten froh und müßig sein, dankbar sein, wenn sie vom ungarischen Überfluß etwas mitbekämen. So wird die Bevölkerung der österreichischen Städte durch diesen Boykott, der einen der schamlosesten Eingriffe in die inneren Angelegenheiten eines Staates bedeutet, schwer geschädigt.

Chefredakteur Kun.

Diese Woche erschien hier die erste Nummer einer ungarischen Zeitschrift „Proletar“, die sich mit den gegenwärtigen politischen Zuständen in Ungarn befaßt. Sie enthält Beiträge mehrerer ehemaliger Funktionäre der Regierung, die dann in Österreich interniert wurden. Das meiste Interesse erweckt die Tatsache, daß der Leitartikel von Bela Kun herrührt und von dessen gegenwärtigen Internierungsort „Zemlin“ datiert ist. Der Korrespondenz Bela Kun unterliegt der amtlichen Zensur; demnach muß auch dieser Artikel durch die amtliche Prüfungsstelle gegangen sein. Der „Proletar“ ist an die Stelle des „Börsen- und Währungsblattes“ getreten. Kun erfährt man noch, daß sich hinter dem Präsidenten des ehemaligen Chefredakteurs des „Börsen- und Währungsblattes“ Bela Kun verborgen hat. Er konnte trotz seiner Internierung in Österreich die ganze Zeit her politisch, wirtschaftlich tätig sein.

Polens ernste Lage.

M. Warschau, 5. Juli. Die Vorstellung des neuen Kabinetts Grabki im Sejm fand unter dem Eindruck der letzten ersten Berichte von der Front. Katastrophales ist, entgegen Soljemenwungen, bisher nichts gekommen. Die Nordfront unter General Syzowski ist nicht gewichen, südwärts Bobruisk (an der unteren Weresina) aber ist die gesamte Linie im Zurückgehen. Die seit März umkämpften Plätze Wlozha und Wolentkowitz die den Brückenkopf der durch die Winter Kämpfe nach Brest-Litowsk führenden Bahn bilden, sind am 28. Juni aufgegeben worden. Südlich des Bräpels in man von dem Fluß Dniepr (nördlich von Kiew) erst auf die Slawetshna (120 Kilometer nördlich davon) jetzt auf den Urloß zurückgegangen, wo um Orlews, den Übergang der Bahnlinie, Kiew-Kowel gerungen wird. Die härteste Terraineinbuße hat in der eigentlichen Ukraine stattgefunden, wo seitens der Vorkämpfer am Kiew begann. Hier ist der Rückschlag heftig. Selbst die bisher gehaltene Linie am Dniepr bei Kozmogrod-Wolynski ist von der Übermacht der Weisseren Budjennus durchbrochen, so daß die polnische Frontlinie bei Kozmogrod-Kumpst. Die Verbindung mit der Transsylvanien ist behauptet. Die ukrainische Regierung jedoch hat von Ostschukow, ein Wlozskow geräumt und ist nach Kameniez-Podolsk geflüchtet.

Angesichts der ernsten Lage hat die polnische Regierung besondere Maßnahmen getroffen. Auf Initiative des Staatschefs Pilsudski wird ein Rat der Nationalverteidigung gebildet, bestehend aus dem Staatschef, dem Ministerpräsidenten, drei weiteren Ministern, Vertretern der Heeresleitung und zwölf Abgeordneten des Reichstages. Der Verteidigungsrat dürfte die diktorische Macht erhalten zur klaren Heranziehung aller Kräfte der Nation für die Kriegsführung. Ministerpräsident Grabki brachte eine entsprechende Vorlage beim Sejm ein.

Italien und Deutschland.

M. Berlin, 5. Juli. Ein führendes Mitglied der italienischen Volkspartei, das sich zurzeit in Berlin aufhält, teilt über die Einstellung seiner Partei und die Stimmung in Italien Deutschlands gegenüber folgendes mit: Die überwältigende Mehrheit des italienischen Volkes lehnt jeden Versuch, die rückwärtslose Auslieferung des Versailler Friedens im imperialistischen Sinne durchzuführen ab. Die Dinge liegen heute alle nicht mehr so, daß eine irgendwie geartete Regierung gegen den Willen des Volkes, vor allem gegen den Willen der organisierten Arbeiter das wagen dürfte. Die Sozialisten verfügen in Italien über etwa drei

Militären, die Christlichsozialen über etwa eine Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Dazu kommt die beiden Gruppen nahestehende Genossenschaftsbewegung, die in Italien von besonderer Stärke ist. Das diesen Gruppen angehörige Volkstum lehnt eine Politik der Vernichtung gegen Deutschland ab.

Die Brotversorgung in Frankreich.

Mz. Paris, 5. Juli. Die Kammer hat den Gesetzentwurf über die nationale Brotversorgung mit 454 gegen 121 Stimmen angenommen. Der Gesetzentwurf verbietet u. a. das Verschütten von Brotgetreide und die Verwertung von Weizen zu Brennweizen und setzt für die Landwirte der zersplitterten Gebiete Prämien von je 200 Franken pro Hektar angebauten Getreides fest. Auf die Veranlassung des sozialistischen Abg. Comperre-Morel, daß die Erhöhung des sozialistischen allgemeinen Erhöhen der Lebensmittelpreise hervorgerufen werde, erwiderte der Landwirtschaftsminister Ricard, dies treffe nicht zu. Der Brotpreis sei hinter der Teuerung zurückgeblieben. Das Getreide habe noch immer 33 Franken gezeitigt, als die Lebenshaltung bereits bedrohend verteuert gewesen sei. Im allgemeinen Landesinteresse müßten die Getreideerzeuger in ihren Bemühungen unterstützt werden, damit deren Bemühungen Frankreich sich bereits jetzt wirtschaftlich mehr erholte als alle sonstigen vom Krieg heimgekehrten Länder.

Die amerikanische Demokratie.

Mz. San Francisco, 5. Juli. (Reuter.) Das demokratische Wahlprogramm, das sich für die sofortige Ratifizierung des Friedensvertrages ausspricht, ohne solche Vorbehalte, durch die den grundlegenden Bestimmungen Abbruch getan werde, erhebt indessen kein Einverständnis gegen die Annahme irgendwelcher Vorbehalte, die die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten gegenüber dem Völkerbund klären oder spezifizieren.

Ueber Irland sagt das Wahlprogramm: In den Grenzen der internationalen Höflichkeit und der Gebräuche bringt der Präsident nochmals, wie schon früher, die Sympathie der demokratischen Partei für die Wünsche Irlands nach Selbstregierung zum Ausdruck und über Armenien: Die Regierung müßte in Übereinstimmung mit ihren verfassungsmäßigen Grundgesetzen den Armeniern jede mögliche angemessene Hilfe gewähren, damit sie eine eigene Regierung errichten und aufrecht erhalten können.

Das Liebeswerk der Quäker.

Berlin, 1. Juli. Geheimrat Prof. Dr. Czerny, Direktor der Universitätskinderklinik in Berlin teilt über das Liebeswerk der Quäker folgendes mit:

Die von der Kinderhilfsmission der amerikanischen Quäker durchgeführte Speisung deutscher Kinder, die durch Verträge aus allen Kreisen der Bevölkerung Amerikas, besonders auch der Amerikaner deutscher Abstammung, ermöglicht wird und gegenwärtig bereits etwa 600.000 deutsche Kinder in 10 deutschen Städten umfist, ist ausschließlich für unterernährte deutsche Kinder von der Vollendung des zweiten bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres und für unterernährte hoffende und stillende Mütter bestimmt. Entscheidend ist allein der Ernährungszustand, nicht, die den zweiten Geburtstag noch nicht erreicht und die den 15. Geburtstag bereits begangen haben, sind in die Speisung nicht aufzunehmen. So das etwa bisher geschehen ist, können diese Kinder ausnahmsweise bis zur nächsten ärztlichen Nachuntersuchung in der Speisung bleiben. Wenn Aufnahmen von Kindern vor dem 2. und nach dem 15. Geburtstag dürfen nicht erfolgen. So wünschenswert eine Ausdehnung der Speisung über diese Altersgrenzen hinaus an sich wäre, so muß sich dennoch die Kinderhilfsmission dieser Beschränkung anerkennen. Am liebsten können die Kinder nur auf Grund einer vertrauensärztlichen Untersuchung an den Speisungen teilnehmen, gemäß den ausführlichen Richtlinien, die von dem ärztlichen Beirat der Kinderhilfsmission für die Auswahl der Kinder ausgegeben worden sind. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Lebensmittel in gekochtem Zustand an die Kinder und Mütter abgegeben werden und an Ort und Stelle von ihnen verzehrt werden müssen.

Nachtgeheimnisse.

Roman von A. Orth.

71

Nachdruck verboten.
Herr Schöller, von dessen vielseitigen Fähigkeiten sein ehemaliger Logiswirt eine so hohe Meinung gehabt, lehnte sich an den wackeligen Tisch inmitten der Kammer und verabschiedete die Arme über der Brust. Es war eine ziemlich herausfordernde Haltung, aber die ungeschickliche Bemerkung in seinen Lippen hatte diese Haltung zugenommen. „Ich verstehe nicht, wozu Sie reden. Ich weiß nichts von einer Kiste.“

„Nicht? Nun, man wird Ihnen Zeit genug lassen, sich darauf zu besinnen. Es wäre ohne Zweifel viel besser für Sie, wenn Ihre Gedächtnis Sie nicht erst im Stiche ließe. Aber der Untersuchungsrichter hat am Ende auch Geduld genug, darauf zu warten, bis die Einsamkeit es wieder geklärt haben wird.“

„Was denn? Sie haben doch nicht etwa die Absicht, mich zu verhaften?“

„Etwas dergleichen könnte sich wohl ereignen, besonders wenn Sie sich durch ein zweckloses Zeugnis noch schwerer belasten, als es schon durch die von uns ermittelten Tatsachen geschieht.“

Da klang es unter kläglichen Schluchzen vom Bette herüber: „Sag's ihm doch, Odund! Wenn Violetta sterben muß, können sie ihr ja nichts mehr tun! — Und ich will nicht ihre Leiche ins Gefängnis! Ehe ich mit dem grünen Wagen fahre, eher springe ich aus dem Fenster.“

„Sei still!“ herrschte der Zauberkünstler das Mädchen an, aber der Kommissar war nun nicht mehr im Zweifel, wo er den Hebel ansetzen mußte, um den Stein ins Rollen zu bringen.

Er trat zu dem Mädchen und legte, obwohl sie ihn abzuwehren suchte, seine Hand auf ihre Schulter. „Wenn Sie vernünftig sind, Fräulein, und von vornherein die volle Wahrheit sagen, wird Ihnen nicht viel geschehen. Nur mit hartnäckigen und verstockten Leuten pflegt die Polizei wenig Umsicht zu machen. Zeigen Sie aufrichtig gegen mich, und ich verspreche Ihnen, daß Sie nicht in den grünen Wagen kommen werden.“

„Quälen Sie das Mädchen nicht!“ bat, noch ehe sie hatte antworten können, der junge Mann in veränderter, beschämtem Ton. „Sie hat einen etwas beschämten Verstand, und wenn man sie aufheitert, verfallt sie leicht in Krämpfe.“

Politische Rundschau.

Das Mißtrauensvotum abgelehnt. Das Mißtrauensvotum der Unabhängigen wurde mit 313 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.
Das Reichspostministerium hat, wie die Pol. Parl. Nachr. erfahren, auf Grund der dieser Tage mit Vertretern des deutschen Transportarbeiter-Verbandes gepflogenen Besprechungen angeordnet, daß in den größeren Städten, in denen eine erhebliche Arbeitslosigkeit herrscht, einseitigen von weiteren Kündigungen abgesehen werde und Entlassungen außer bei Pflichtwidrigkeit oder Untauglichkeit des Arbeitnehmers bis auf weiteres nur noch im Rahmen des § 5 der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen vom 25. April 1923 erfolgen darf. Diese Einschränkung bezieht sich auf die seit dem 1. April d. J. eingestellten Hilfskräfte nicht. Bei den bereits ausgesprochenen Kündigungen behält es unbeschadet der gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer sein Verbleiben.

Das Werk von Kommunisten. Das Gewerkschaftstaktik und die Betriebsräte von Wismar haben den Streik auf der Zettlinger See durch den Wismar-Darmstadt und vierzig andere Orte seit zwei Tagen ohne Licht und Strom sind, mit allen unabhängigen und mehrheitlich sozialistischen Stimmen gegen die Stimmen weniger kommunistischen auf das allerhöchste verurteilt. Diese lokalen Willen streiks schädigten nur die Arbeiterfrage, und die Arbeiter selbst. Morgen soll in einer erneuten Versammlung Stellung gegen den Streik genommen werden und die Möglichkeit eines Abbruchs des Streiks erörtert werden. Die sozialistische „Volkszeitung“, die schon den jüngsten Willen Streik auf der Gewerkschaft „Guthab“ verurteilt hat, schreibt von der neuen lokalen Aktion der Hanauer Kommunisten, sie sei direkt antisozialistisch. Wie das genannte Blatt berichtet, wurde der Zettlinger Streik in einer kommunistischen Parteiversammlung besprochen. Im kommunistischen Gewerkschaftstaktik, am letzten Mittwoch besprochen.

Aus dem niederländischen Kohlenrevier. Der Verein bergbaulicher Interessen teilt mit: „Die Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern der niederländischen Steinkohlenreviere nehmen jetzt eine sehr drohende Gestalt an. Die Arbeiter verlangen Entlohnung von 225. Beamten aller Klassen. Die Gruben gaben nicht ohne weiteres nach und verlangten eingehende Prüfung der Beschwerden. Ohne das Prüfungsergebnis abzuwarten, traten die Arbeiter der Forderung, etwa 6000, in passiven Widerstand. Die Kohlenförderung beträgt nur ein Drittel gegen früher. Der Widerstand hat gestern auch auf die Nachbargruben übergegriffen und droht das Gesamtrevier von 25.000 Bergarbeitern zu erfassen. Schon jetzt ist die Gasversorgung des ganzen Industriegebietes mit über 30 Ortschaften unterbrochen. Welche Folgen der Streik für die deutsche Kohlenversorgung haben wird, ist nicht abzusehen. Den Gruben, die in Niederlande bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen sind, ist es unmöglich, verdiente Beamt auf die Straße zu setzen.“

Republikanische Land aus Österreich. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons beantwortete, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, die Frage ihres Berliner Korrespondenten, was Österreich von ihm als den neuen Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands erwarten dürfe, folgend: „Ich hoffe, man wird mich in Österreich als treuen, bewährten Freund betrachten. Ich werde jede Möglichkeit die sich mir im Rahmen des Friedensvertrages bietet, benutzen, um diese Stimmung durch die Tat zu beweisen.“

Der Kalands-Streit. Wie „Berlingske Tidende“ aus Helsingfors meldet, wird der Staatsanwalt beim Hofgericht Hja gegen die beiden ausländischen Räuber Björkstam und Sundblom Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erheben. Die Verhandlung soll am 12. Juli vor dem Hofgericht stattfinden.

Das schwedische Blatt „Dagens Nyheter“ meldet aus Helsingfors, daß die finnische Regierung gegen die schwedische Note erwidert habe und erklärt, die finnische Antwort werde die schwedische Regierung nicht befriedigen.

Nach einer Meldung des „Temps“ aus London erhob der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjet-Republik Tschichirin dagegen Einspruch, daß die Regelung der Kalands-Frage ohne Zustimmung Russlands erfolgen solle. Es be-

stehe, kein Vertrag, der den Verzicht der russischen Republik auf die Inselgruppe auspreche.

Nach Meldungen finnischer Blätter gedenkt die finnische Regierung die Note des russischen Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, in der dieser erklärt, daß Russland keine Mitwirkung bei der Lösung der Kalands-Frage für notwendig hält, da bisher noch kein Vertrag bestünde, der die russische Souveränität über die Kalands-Inseln aufhebe, unbeanwortet zu lassen.

Völkerbund und Staatsverträge. Das Sekretariat des Völkerbundes hat die Schweiz mit auch die übrigen Bundesmitglieder eingeladen, im Völkerbundsrat die Verträge der Schweiz mit anderen Staaten vorzulegen, da nach den Satzungen des Völkerbundes diese Verträge darauhin geprüft werden müssen, ob sie nicht mit dem Völkerbundsvertrag im Widerspruch stehen.

Nach einer Meldung aus London tritt der Völkerbundsrat am 27. Juli in San Sebastian zu einer siebenten Sitzung zusammen.

Sie lassen nicht locker. Auf eine Anfrage im Unterhause, was mit den deutschen „Kriegsschuldigen“ niederer Ranges geschehen würde, wenn diese in Holland Zuflucht suchten und die holländische Regierung ihre Auslieferung verweigerte, sagte Bonar Law: Dies ist eine Hypothese und es ist kaum anzunehmen, daß der Fall eintritt. Es würde keine Übereinstimmung mit dem Falle des vormaligen Kaisers bilden, der vor Ueberreichung des Friedensvertrages nach Holland kam. In Erwiderung auf eine Frage, wie lange der vormalige Kaiser in Holland bleiben werde, sagte Bonar Law, das hänge von zwei Faktoren ab, von Holland und möglicherweise von der Lebensdauer des vormaligen Kaisers.

Der Erfolg der Krassinschen Reise. Zur Abreise Krassins von London erzählt Raees Telegraphenbureau von wohlunterrichteter Seite, daß diese Reise nach Moskau als weiterer Schritt für die Wiederaufnahme der Verhandlungen angesehen werden muß. Die wirtschaftlichen Verhandlungen sind bisher gut verlaufen. Krassins hat den Engländern große Konzessionen versprochen, unter anderem über die Petroleumanlagen bei Baku, über den Bahnbau bei Kurman und über bergbauliche Rechte.

Zur Beilegung deutscher Flugzeuge durch die Polen. Mit der Freisetzung deutscher Flugzeuge, die auf dem Wege nach Westpreußen waren, durch die Polen hat es seine Richtigkeit, doch wird von ausländischer Seite mitgeteilt, daß diese Flugzeuge außerhalb der Dreikilometerzone vom Lande über die Ostsee flogen, aber durch Wind und andere Umstände nach dem Lande zu abgedrängt und daraufhin beschossen worden sind. Das zweite Flugzeug ist durch den Bruch des Propellers abgesehrt. Die deutsche Regierung hat diesen Vorgang nicht eingeleitet.

Ein polnischer Rechtfertigungsbericht. Zur Beilegung deutscher Friedensflieger durch polnische Truppen erklärt das polnische Generalkommando in Braunsberg, daß feindliche Abmachungen mit der Interalliierten Kommission über eine Luftbefreiung Abstimmsberechtigter über den polnischen Korridor hinweg getroffen seien. Die polnischen Truppen hätten Befehl, alle nichtpolnischen Flugzeuge zu beschleichen. Der Friedensvertrag werde nicht von einem Luftverbot zwischen Deutschland und Litauen. Diese Frage könne nach Ansicht amtlicher polnischer Stellen erst durch Verhandlungen gelöst werden, wie sie im Friedensvertrage ein Jahr nach seinem Inkrafttreten vorgesehen seien.

Remberg den Polen entzogen? „Daily Mail“ meldet aus Brüssel: Nach der letzten Meldung aus Polen soll Remberg in die Hände der Roten Armee gefallen sein.

Die Auslandsbewegung in Italien. Giovanni d'Italia meldet, daß die letzten aus den Marken und der Romagna eingetroffenen Berichte sehr günstig lauten. Die Ruhe ist wieder hergestellt, die Ausländer sind beilegt. Auch in Vano und Rimini wird die Arbeit wieder aufgenommen. Die Ruhe in Vessaro und in der ganzen Provinz ist wiederhergestellt. Nur die Landarbeiter stehen noch im Widerstand fort. Doch ist es bisher nicht zu Unruhen gekommen. In Ferrara ist in einem Teil der Landschaft der Generalkrieg ausgerufen worden, doch haben sich die Eisenbahner, die Elektriker und die Bäcker dem Streik bisher nicht angeschlossen.

Das Gesicht des Kommissars blieb noch immer ganz unbewegt. „Das erfahren Sie also erst aus den späteren Mitteilungen der Garneri?“

„Das habe ich mir aus den Zeitungsberichten zusammengefragt, denn als ich ihr Vorwürfe machen wollte, hat sie mich einfach ausgelacht. Ich habe sie dann in Ruhe gelassen, denn ich wollte nichts wissen. Hätte sie mir ein Geständnis gemacht, so wäre ich ja noch obendrein strafbar geworden, wenn ich sie nicht angezeigt, und das konnte ich doch schon ihrer Schwester wegen nicht tun.“

Er hatte die letzten Worte mit einem Blick nach dem Bette hin begleitet, aus dessen Kissen noch immer das verzweifelte Schluchzen des Mädchens laut wurde.

„Sie werden Gelegenheit haben, sich darüber vor dem Untersuchungsrichter noch ausführlicher zu äußern. Für jetzt möchte ich, um nicht das Mädchen dort befragen zu müssen, nur noch von Ihnen wissen, wie Ihre Braut in den Besitz des Hunderfrankenstücks gelangt ist, das sie vor kurzem in der Wechselstube zu verausgaben versuchte.“

„Das ist sehr einfach. Violetta hatte es im Garten der Villa Brünning gefunden, als sie sich in jener Nacht wieder entfernte, und Wanda hat es dann, nachdem ihre Schwester ins Krankenhaus gebracht worden war, eines Tages aus dem Versteck im Nährboden genommen, weil sie nichts mehr zu essen hatte und ich ihr auch nichts mehr geben konnte.“

Einer von Ihnen beiden sagte vorhin, daß die Garneri sterben müsse. Ist es wirklich so schlecht um sie bestellt?“

„Sie ist wegen der Blutvergiftung schon zweimal operiert worden, aber heute früh haben die Ärzte im Krankenhaus Wanda nicht mehr zu ihr gelassen und haben ihr gesagt, daß ihre Schwester die nächsten vierundzwanzig Stunden überleben würde.“

Dann dürfen wir allerdings keine Zeit mehr verlieren. Machen Sie sich fertig, Schöller, um mich zu begleiten!“

„Also doch eine Verhaftung!“

„Betrachten Sie Ihre Begleitung vorderhand immerhin als eine freiwillige. Wenn Sie sich wie ein vernünftiger Mensch benehmen und mir bei der Erfüllung meiner Pflichten behilflich sind, statt mir Schwierigkeiten zu bereiten, so braucht niemand auf die Vermutung zu kommen, daß Sie mich Arrasant seien, und Sie werden keine Ursache haben, sich über schlechte Behandlung zu beklagen.“

Fortsetzung folgt.

Wir sind wieder billig!

Wir kaufen große Posten Waren unter heutigen Tagespreisen und geben solche, der heutigen Zeit entsprechend, mit ganz geringem Nutzen wieder ab.

Außergewöhnlich billig
Hemdentuche la. Qualität
80/82 breit mit kleinen Webfehlern mtr. Mk. 11.—

2 Posten Hemdentuche
80/84 cm. breit
gute griffige Ware mtr. 12.50 u. 15.—

80 cm breite
Bett-Kattune
mtr. Mk. 16.— u. 19.50.

130 cm. breite
Bett-Damaste
bestes Fabrikat, schöne Dessins mtr. Mk. 45.—

Bett-Siamosen
schwere Ware
mtr. Mk. 19.50.

Schürzenzeuge ca. 100 cm. breit Mk. 19.50
ca. 120 cm. breit Mk. 24.—

Schürzendruck auf beiden Seiten bedruckt
mtr. 24.—

3 Serien wunderbare 80 cm. breite
Kleider-Kattune, Dirndl, Satins, Hemdenzeffirs
mtr. 11.50, 13.50, 16.50 in nur ausgesuchten schönen Dessins.

Das billigste Manchester für Hosen und Anzüge, allerbeste Qualität, feldgrau

— — — Hiermit ist jedermann Gelegenheit geboten, für verhältnismäßig wenig Geld sich gute haltbare Ware zu beschaffen. — — —

Kaufhaus A. Koenigsberger, Diez

Verordnung

über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920. Vom 20. April 1920.

Vom 20. März 1920 (Reichsgesetz-Bl. S. 359) in der Fassung des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920 (Reichsgesetz-Bl. S. 428) und auf Grund des § 444 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 (R. G. Bl. S. 1933) wird folgendes bestimmt:

1. Bis zum Empfang des vorläufigen Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1920 gemäß § 58 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes haben die Steuerpflichtigen, denen eine schriftliche Mitteilung darüber zugeht, auf die Reichseinkommensteuer vorläufig den Jahresbetrag der Einkommensteuer zu zahlen, der nach der letzten landesrechtlichen Veranlagung zu Gunsten der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) am Grund der für die Zeit bis zum 1. April 1920 maßgebenden Vorschriften von ihnen zu entrichten war oder wäre! Wegen die Mitteilung ist das Beschwerdeverfahren gegeben.

2. Die näheren Bestimmungen zur Durchführung der unter Nr. 1 getroffenen Anordnung erlassen die Landesfinanzämter, sie bestimmen, insbesondere, in welchen Zahlungszeiträumen die Steuer zu entrichten ist.

Berlin, den 20. April 1920.

Der Reichsminister der Finanzen: Dr. Wirth.

Vorstehende Verordnung wird hiermit zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkung, daß sie lediglich für natürliche Personen im Sinne des § 2 des E. St. G. in Betracht kommt. Die auf die schriftliche Mitteilung hin vorläufig zu entrichtende Steuer ist in viertel-jährlichen Raten und zwar die erste 14 Tage nach Zustellung der Zahlungsaufforderung, die übrigen bis zum 15. der Monate August, November 1920 und Februar 1921 an die Steuerbehörde des Ortes des Wohnsitzes oder Aufenthaltes abzuführen.

Cassel, den 22. Mai 1920.

Der Präsident des Landesfinanzamtes.

Wird veröffentlicht.

Diez, den 23. Juni 1920.

Der Magistrat.

Natürliches
Ober-Selterser Mineralwasser
Arztlich empfohlen
bei Grippe, Magen- u. Darmerkrankungen,
Störungen der Atmungsorgane usw.
Niederlage: Gg. Besenroter, Laurenburg.

Kreisverband für Handwerk u. Gewerbe im Unterlahnkreis
Sprechstunde Beratungsstelle Ems, Diezstr. 10,
am Mittwoch, 7. Juli, 2—5 Uhr nachmittags.

Prima reines
Schweineschmalz
4 Pfund Dose
58.00 Mark
nur solange der Vorrat reicht.
Rau, Diez Wilhelmstr. Nr. 5
(Rheinische Obsthalfe).

Erbteilungshalber

lassen die Erben des R. Kaffine ihr in Bad Ems, Marktstraße Nr. 69 belegenes Wohnhaus mit Scheune, Stall und Hofraum am 8. Juli d. J., abends 8,30 Uhr im Gasthaus zur Sporkenburg (Gg. Diez) zum Verkaufe ausbieten.

Das Haus ist für jeden Geschäftsbetrieb geeignet und in gutem Zustande.

Im Anschluß: Erben Heinrich Doll

a. Garten in der Alue Parz. 108, 5.68 ar

b. Acker vor der Voos Parzelle 11, 10.81 ar

c. Acker vor der Voos Parzelle 23, 10.22 ar

2. B. Großpöck:

Acker auf der Platte, Parzelle 73, 23.02 ar.

3. Erben R. Kunz:

Acker auf der Epf, Parzelle 76, 8.04 ar.

4. Wohnhaus, Kempte und Vorgarten Lindenstraße Nr. 9

Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.

Bad Ems, den 2. Juli 1920.

Die Versteigerung

des Wohnhauses der Elise Löwenstein in Bad Ems findet am 7. Juli nicht statt.

Der Notar: Herr, Justizrat.

Geschäfts-Uebernahme u. Empfehlung.

Titl. Einwohnerschaft von Bad Ems, speziell meiner werten Nachbarschaft, allen Freunden und Bekannten zur gefl. Kenntnis, daß ich das Anwesen der Frau J. Berg Wwe. käuflich erworben habe und das darin von dieser seither betriebene **Koffer- u. Lederwarengeschäft** unverändert weiterführen werde.

Indem ich allseits gütige Unterstützung meines Unternehmens erhoffe zeichnet

Hochachtungsvoll

Christian Kaffine.

Bestellung auf Futter- u. Düngemittel werden für Bad Ems und Umgegend von unserem Teilhaber
Martin Fuchs, Bad Ems, Lahnstr. 50
entgegengenommen.
Martin Fuchs, G. m. b. H., Diez.

Kupferne Waschkessel

in jeder Größe und Preislage stets vorrätig empfiehlt

Fa. G. Kemmerer, Inh. Carl Lemler,

Kupferschmiede u. Apparatenbau.
Bad Ems Friedrichstr. 1

Café

Schweizerhaus

Bad Ems.

Heute Dienstag, 6. Juli, nachmittags bei günstiger Witterung:

: KONZERT:

ausgeführt von Mitgliedern des Kurorchesters.

L. J. Kirchberger's Bankgeschäft, Bad Ems

„Nassauer Hof“

Ich kaufe Stücke der 3 1/2 % Emser Stadtanleihe von 1903 und ersuche um Angebote

L. J. Kirchberger.

Per sofort gesucht:
ein 1er Konditor,
eine Kaffeebäckerin,
ein Büffetfräulein,
ein Servierfräulein,
Café Schweizerhaus,
Ems.

Weißzeugnäherin

sucht Beschäftigung in und außer dem Hause
Anna Dreifelsen, Nievern.

Best. Mädchen

für Haushalt gesucht
Frau Dr. Euler, Ems,
1335 Alexanderstr. 5.

Lehrmädchen

gesucht
H. Schupp, Ems
 Glas- u. Porzellanhandl.

Junges Mädchen

tageslöhner zu 6 Jähr. Knaben
gesucht
Näh Pfälzer Hof, Ems.

Halbtagshilfe

für sofort gesucht.
Diez, Luisenstr. 6.

EB-Service

für 12 Personen zu laufen
gesucht. Off. unter R. 5
an die Geschäftsst. 1401

Zu verkaufen:

Bücher, verschiedene Werte,
Leppische, Käufer, wachl. 13.
Hund und verschiedenes.
Mainzerstr. 3, Ems.

Zu verkaufen:

Neues, modernes Schlaf-
zimmer mit Marmor, 10m.
eine Anz. neue u. gebrauchte
Stühle. **Pfaffengasse 28**
1418 Diez.

Prima festes Weißkraut
per Pfd. 1.30 Mk.
neue feste Zwiebeln
per Pfd. 1.20 Mk.
neue Schneidebohnen
per Pfd. 2.50 Mk.
Prima Kopfsalat per
Stck. 60 Pfg.

H. Umsonst, Ems.
Telefon 2.

**Eismaschinen,
Obstpressen,
Milchzentrifugen,
Butter- u. Brot-
schneidemaschinen**
Ad. Schupp,
Ems.

Empfehle
Goll. Käse zu 18 u. 22 M
per Pfd., **Goll. Süßrahm-
margarine 16 M., Cocos-
fett 15 M., la Schweine-
schmalz 18 M.**
M. Bräutigam, Ems.
Tel. 287

**1 Pumpe,
1 Klapp-Eisenbett
1 echt nussb.
Ballustrade**
mit Buchenschildchen
zu verkaufen. **Luisenstr. 6,**
1404 Diez.

**Brosche (Andanten) Ju-
beldingsweimarstück, aus d.
Fenster Römerstr. 81,**
Ems gefallen. Bitte dort
abzugeben 11. Et.

Nähmaschine
gesucht im Tausch gegen ein
wertvolles Oelgemälde. Näh-
Geschäftsstelle. 1424

Ein Zimmer
zu mieten gesucht. Näheres
Geschäftsst. 1400

Ges.-B. Sängerkreis

Bad Ems.

Diese Woche keine Probe.

Nächste Gesangsstunde:
Dienstag, den 13. Juli

Der Vorstand

Turn- u. Sportverein

BAD EMS

Mittwoch, den 7. Juli,

abends 8 1/2 Uhr

Ueben der 1. und 2.

Faustballmannschaft

für Singhofen.

Pünktliches Erscheinen un-

bedingt erforderlich.

1413 Der Vorstand

Evangel. Kirchenchor

Bad Ems.

Heute und Freitag

Probe

für das Missionsfest.

Schellfisch

Cabeljau

Rotzungen

Heilbutt

heute frisch eingetroffen

Albert Kauth, Ems

Fischhandl. Tel. 29.

Geflügelfutter

Geschälte Hirse

Futterkalk

wieder eingetroffen bei

Wilh. Linkenbach,
Bad Ems.

Fahrrad
gut erhalten preiswert zu
verkaufen. 1408
Römerstr. 61, Ems.

Verloren
Regenschirm Freitag abend
zwischen Dassenau — Ems.
Geg. Bel. abzug. **Vittorio-
Allee 5, Ems.** 1411

Größere kleine
Privat-Villa
inmitten eines herrl. Gartens
gelegen (gleich bezugsbar) zu
verkaufen. Angeb. unter R.
32 an die Gesch. 1399